


www.laender-analysen.de/ukraine

MEDIEN WAHLKAMPF UND RELIGION PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2019

■ ANALYSE	
Die ukrainische Medienlandschaft: divers, aber politisiert	2
Von Natalya Ryabinska, Collegium Civitas, Warschau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die ukrainischen Medien in Zahlen	6
■ DOKUMENTATION	
Statement der NGO-Koalition <i>Reanimation Package of Reforms</i> (RPR)	
zur Situation beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk	10
Bericht des <i>Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte</i> (OHCHR)	
zum öffentlichen Raum und Grundrechten vor den Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen in der Ukraine 2019/2020 (in Ausschnitten)	11
■ ANALYSE	
Poroschenko und der »Tomos-Effekt«	12
Von Nikolay Mitrokhin, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	
■ UMFRAGE	
Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie	17
■ CHRONIK	
12. – 23. März 2019	18

Die ukrainische Medienlandschaft: divers, aber politisiert

Von Natalya Ryabinska, Collegium Civitas, Warschau

Zusammenfassung

Laut ukrainischen Journalisten und Medienaktivisten hat sich die Lage der Medien in der Ukraine seit dem Euromaidan 2013/2014 in einigen Aspekten verbessert. Die Medien können freier berichten, die Regierung aktiver kontrollieren und sie fühlen sich vom Staat weniger unter Druck gesetzt. Gleichzeitig bestehen nennenswerte Einschränkungen, z. B. hinsichtlich der Unabhängigkeit und Pluralität der Medien. Einige Probleme sind heute gar akuter als vor fünf Jahren.

Einführung: Die ukrainischen Medien im Wahljahr

In internationalen Rankings zur Pressefreiheit nimmt die Ukraine unter den nicht-baltischen ehemaligen Sowjetrepubliken einen der vorderen Plätze ein. »Freedom House« stuft die Medien in der Ukraine als »teilweise frei« ein. Auch im Bereich Medienpluralität wird die Ukraine relativ weit vorne eingestuft; im »Media Sustainability Index« von 2018 erhielt die Ukraine im Bereich Medienpluralität einen der besten Werte in der Region. Die wichtigsten Medien befinden sich in Privatbesitz, und da die Eigentümer unterschiedliche politische Interessen verfolgen, ergibt sich zwangsläufig eine gewisse Pluralität, die die Ukraine der Mehrheit ihrer östlichen Nachbarn voraushat, insbesondere jenen, die sich in eine autoritäre Richtung bewegen.

Dennoch gibt es bedeutende Hindernisse, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien und damit der öffentlichen Diskussion behindern:

- Im Bereich der traditionellen Medien (Fernsehen, Radio, Zeitungen) beschränkt sich der Medienpluralismus weitgehend auf die Interessen der Medienbesitzer – das sind vor allem einflussreiche ukrainische Geschäftsleute und Politiker (oder ihre Mitarbeiter) –, die ihre Medien für politische Zwecke einsetzen. Das reduziert die Chancen unabhängiger Politiker, sich in den führenden Medien zu präsentieren;
- Der Aufbau einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt auf Basis des ehemaligen staatlichen Fernsehens und Radios, den der Euromaidan 2014 in Gang gesetzt hatte, wird durch den Widerstand einflussreicher Eliten gebremst. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ist drastisch unterfinanziert. Zuletzt wurde Zurab Alasania, der als Reformler geltende Leiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, völlig unerwartet zwei Jahre vor dem Ende seiner Vertragslaufzeit entlassen;
- Gewalt gegen Journalisten bleibt ein ernsthaftes Problem. Obwohl sich die Aufklärungsrate von Verbrechen gegen Journalisten verbessert hat, bleiben noch immer viele Angriffe und sogar Morde ungeklärt.

Ein weiteres Problem, das die Funktion der Medien elementar beeinträchtigt – und besonders im Wahlkampf zum Tragen kommt – ist die Anfälligkeit der ukrainischen Medien für russische Desinformation und Propaganda – sowohl über die ukrainische Innenpolitik als auch über internationale Angelegenheiten. Die Botschaften der Kreml-Propaganda werden einerseits über klassische Medien gesendet, die sich im Besitz von pro-russischen Politikern befinden bzw. von diesen kontrolliert werden (einige von ihnen flohen 2014 zusammen mit dem damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch aus der Ukraine). Zum anderen werden diese Botschaften insbesondere über Social-Media-Kanäle online verbreitet. Das ist beunruhigend, zumal die Fähigkeit der Ukrainer, glaubwürdige Informationen von Desinformationen und Fälschungen zu unterscheiden, eher bescheiden ist. Ein Drittel der Ukrainer geben zu, dass sie in der Regel nicht erkennen können, ob Medieninformationen vertrauenswürdig sind oder nicht.

Das Fernsehen

Die überregionalen Fernsehsender, für etwa 85 Prozent der Ukrainer die wichtigste Nachrichtenquelle, gehören verschiedenen großen Mediengruppen an. Die vier größten Mediengruppen erreichen zusammen mehr als 75 Prozent des Fernsehpublikums im Land. Ihre Besitzer sind ukrainische Oligarchen: Ihor Kolomojtschuk und Ihor Surkis (1+1 Media), Dmytro Firtasch und Walerij Choroschkowskyj (Inter Media Group), Rinat Achmetow (Media Group Ukraine) sowie Wiktor und Olena Pintschuk (StarLightMedia). Sie behielten ihre Medien auch nach dem Maidan 2013/2014 – inklusive Präsident Petro Poroschenko, der entgegen seines Versprechens, seinen »5. Kanal« nach Amtsantritt zu verkaufen, weiterhin dessen Eigentümer ist.

Ein paar Änderungen in der Fernsehlandschaft gab es allerdings. So wurden nach dem Maidan einige kleinere Sender reformiert (meist infolge eines Eigentümerwechsels) und verstärkt als Nachrichtenkanäle aufgezogen, sodass sie heute mit den großen Sendern im Bereich Nachrichten- und Informationsfernsehen konkurrieren.

ren. Die erfolgreichsten von ihnen, 112 Ukraine, Prjamyj (früher Tonis) und NewsOne, schaffen es hin und wieder in das Top-10-Rating der reichweitenstärksten Nachrichtenprogramme. Sie werden von ukrainischen Politikern oder politiknahen Geschäftsleute kontrolliert: 112 Ukraine soll unter dem Einfluss des krenlfreundlichen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk stehen, NewsOne gehört Taras Kosak – einem engen Mitarbeiter Medwedtschuks – und Prjamyj ist im Besitz von Wolodymyr Makeijenko, einem ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen.

Schwierige Zeiten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Eine weitere zentrale Neuerung war die Umwandlung des staatlichen Fernsehens in einen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Die lang erwartete Reform wurde 2017 umgesetzt und das staatliche Fernsehen und Radio in die Nationale Öffentliche Rundfunkanstalt der Ukraine überführt. Sie zählt heute zwei landesweite Fernsehsender, drei landesweite Radioprogramme und 23 regionale Fernseh- und Radioprogramme. Obwohl die Etablierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch im Gange ist, produziert die neue Rundfunkanstalt bereits unabhängige Nachrichten und Informationen.

Das Problem ist jedoch, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen (wie auch das öffentlich-rechtliche Radio) sehr niedrige Einschaltquoten hat und seine Reichweite weit hinter jener der großen oligarchischen Sender und selbst hinter jener der kleineren Nachrichtensender liegt. Eine der Ursachen dafür ist die drastische Unterfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, die rund 45 Prozent weniger Mittel erhält, als im ukrainischen Rundfunkrecht vorgesehen. Dass sie den einst staatlichen Sender nicht mehr für ihre Zwecke nutzen können, hat bei vielen ukrainischen Politikern Unmut hervorgerufen. Vermutlich ist auch das der Grund, warum der Leiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Zurab Alasania, am 31. Januar 2019, zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen, plötzlich entlassen wurde. Alasania soll zuvor alle Verbindungen zwischen dem Sender und der Politik gekappt haben.

Rolle der Fernsehsender im Präsidentschaftswahlkampf

Die Pluralität der Nachrichtenquellen in der Ukraine ist, obwohl weitaus höher als in den meisten ihrer östlichen Nachbarländer, immer noch durch die politischen Interessen der großen Medienmogule eingeschränkt. Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen unterstützen auch im aktuellen Präsidentschaftswahlkampf die Eigentümer wichtiger Medien bestimmte politische Kandidaten – auf Kosten der anderen Bewerber.

So unterstützt beispielsweise Achmetows Kanal »Ukraine« den Chef der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, Janukowytschs ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Oleksandr Wilkul sowie Julija Tymoschenko. Kolomojskijs »1+1« leistet eine umfassende mediale Unterstützung für den Politneuling und Komiker Wolodymyr Selenskyj. Dmytro Firtaschs Kanal »Inter« macht Werbung für den Anführer der pro-russischen oppositionellen Plattform »Sa Schyttja«, Wolodymyr Boiko. Und Wiktor Pintschuks Fernsehsender machen gute PR für Julija Tymoschenko und Oleksandr Wilkul, manchmal auch für Anatolij Hryzenko und Andrij Sadowyj. Gleichzeitig lassen alle großen Fernsehsender mit Ausnahme von Kolomojskijs »1+1« die Aussagen und Aktionen von Präsident Petro Poroschenko in einem positiven Licht erscheinen. In Bezug auf Selenskyj, den aktuell führenden Kandidaten in den Meinungsumfragen, äußern sich die Sender – mit Ausnahme von Kolomojskijs »1+1« – eher zurückhaltend. Unabhängige Kandidaten erhalten kaum die Möglichkeit, in den wichtigsten Fernsehsendern aufzutreten.

Online-Medien

Im Vergleich zu den populären Fernsehkanälen findet sich in ukrainischen Online-Medien eine deutlich pluralistischere Berichterstattung über die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Dies ist insofern bedeutsam, als dass die ukrainischen Nachrichten-Websites und die sozialen Netzwerke die zweit- bzw. dritt wichtigsten Informationsquelle in der Ukraine sind. Sie zählen für 27,1 Prozent bzw. 23,5 Prozent der Bevölkerung als wichtige Nachrichtenquelle.

Obwohl auch einige wichtige ukrainische Nachrichten-Websites im Besitz der oben genannten großen Medieninhaber sind, können diese – im Unterschied zum Fernsehen – das Internet kaum kontrollieren. Die vier wichtigsten Eigentümer ukrainischer Online-Medien (darunter Achmetow sowie Kolomojskyj und Surkis) kommen zusammen auf einen Marktanteil von nicht einmal 20 Prozent. Viele populäre Informationsquellen im Internet gehören Eigentümern außerhalb des Dunstkreises der ukrainischen Oligarchen. Von den 50 wichtigsten ukrainischen Nachrichten-Websites gehören mindestens 14 ukrainischen Journalisten oder Unternehmern, für die Medien eher ein Geschäftsmodell sind als ein Instrument für politischen Einfluss. Darunter sind so renommierte Online-Medien wie die *Ukrainska Prawda*, *Serkalo Nedeli*, *Hromadske.ua* und *liga.net*.

Es gibt jedoch auch eine Schattenseite der Medienpluralität im ukrainischen Internet. Viele beliebte Nachrichten-Websites veröffentlichen keine Informationen über ihre Eigentümer oder Endbegünstigten. Darun-

ter leider viele Medien, die nicht besonders daran interessiert sind, verlässliche Informationen bereitzustellen. Laut einer Untersuchung der ukrainischen NGO *The Institute of Mass Information* von November 2018 gehören mehrere populäre ukrainische Onlinemedien (darunter korrespondent.net, kp.ua, vgorode.ua und weitere) Serhij Kurtuschenko, einem flüchtigen ukrainischen Oligarchen aus dem Umfeld von Wiktor Janukowytsch. Es gibt auch mehrere Websites, die im Besitz ehemaliger ukrainischer Politiker sind, die das Land nach dem Sturz des Janukowytsch-Regimes im Jahr 2014 verlassen haben (z. B. ves-ukr.com, newsone.ua) sowie einige Medien, die regelmäßig die Botschaften der russischen Propaganda wiederholen und Desinformationen über die ukrainische Innen- und Außenpolitik verbreiten (darunter znaj.ua, 112.ua, strana.ua, politeka.net).

Zeitungswesen

Die Situation der Zeitungen, laut Umfragen das fünfthöchste Nachrichtenmedium in der Ukraine, unterscheidet sich nur unwesentlich von der Lage des Fernsehens. Die auflagenstärksten ukrainischen Zeitungen befinden sich im Besitz von ukrainischen Oligarchen, allen voran Wiktor Pintschuk, Rinat Achmetow und Serhij Kurtuschenko. Einige Medien sind in der Hand von Politikern, die sich im Zuge des Maidans nach Russland abgesetzt haben, und spielen, ähnlich wie bei den Onlinemedien, eine wichtige Rolle im russischen Informationskrieg gegen die Ukraine. So soll *Westi*, eine der drei führenden Tageszeitungen in der Ukraine, unter der Kontrolle von Oleksandr Klymenko stehen, der unter Wiktor Janukowytsch Finanzminister war und sich nach dem Maidan ins Moskauer Exil abgesetzt hat.

Soziale Medien

Bei der Analyse der Rolle der ukrainischen Medien im Wahljahr 2019 muss berücksichtigt werden, dass das Vertrauen der Menschen in die traditionellen Massenmedien eher gering ist. Laut einer im Dezember 2018 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführten Meinungsumfrage vertrauen den ukrainischen Medien nur 31 Prozent der Bevölkerung – das größte Vertrauen genießen Menschen aus dem eigenen Umfeld (68 Prozent), freiwillige Unterstützer der Armee (63 Prozent), Freiwillige, die Binnenflüchtlinge unterstützen (61 Prozent), die ukrainischen Streitkräfte und die Kirche (jeweils 51 Prozent). Mit der steigenden Verbreitung des Internets in der Ukraine stellen soziale Medien eine immer bedeutendere Alternative zu den traditionellen Medien dar. Soziale Medien expandierten vor allem im Zuge des Maidan und wurden zu einer Plattform für den Informationsaustausch, gesellschaftliche Selbstorganisation und öffentliche Diskus-

sionen. Post-Maidan-Politiker sind sich der Bedeutung der sozialen Medien bewusst, weshalb sie auch bei der Präsidentschaftskampagne 2019 eine wichtige Rolle spielen. Die Präsidentschaftskandidaten haben Hunderte populäre Blogger engagiert und ganze »Armeen« freiwilliger Unterstützer für das Social Web angeheuert.

Die professionellste Social-Media-Kampagne hat der politische Newcomer Wolodymyr Selenskyj. Das ist wenig überraschend, bedenkt man, dass Selenskyj einer der beliebtesten ukrainischen Entertainer und Mitinhaber einer sehr erfolgreichen Produktionsfirma ist und dadurch über umfangreiche Erfahrung in der Vermarktung über soziale Medien verfügt. Nachdem er seine Präsidentschaftskandidatur am 31. Dezember 2018 angekündigt hatte, tauchten auf Facebook Gruppen, Seiten und Profile auf, die seine Kampagne unterstützen, und in nicht einmal zwei Wochen hatte er mehr als 1,2 Millionen Online-Unterstützer. Selenskyj wurde auch intensiv über Youtube, Instagram und die Messenger-App Telegram beworben. Ein YouTube-Interview, das er dem bekannten Journalisten Dmitri Gordon gab und das im Dezember online ging, wurde innerhalb von sechs Wochen mehr als 4,8 Millionen mal aufgerufen.

Ungeachtet der Chancen, die die sozialen Medien besonders im Wahlkampf bieten, bergen sie auch erhebliche Risiken. Erstens werden Diskussionen über Politik und Wahlen in der Ukraine durch bezahlte Online-Kommentatoren stark verzerrt. Laut einer Studie der Universität Oxford aus dem Jahr 2017 gehören Werbung für politische Parteien oder Kandidaten, die Verbreitung politischer Botschaften, die Neutralisierung negativer Berichterstattung oder Attacken auf politische Opponenten zu den üblichen Online-Dienstleistungen, mit denen politische Akteure Onlineprofis beauftragen. Zweitens nutzt Russland, das keinen Hehl aus der Abneigung gegen den politischen Umbruch in der Ukraine seit 2014 macht, sein großes Netzwerk von Online-Akteuren, um Desinformationen zu streuen, die ukrainische Gesellschaft zu spalten und generell die ukrainische öffentliche Meinung im Sinne Russlands zu beeinflussen. Ein Beispiel dafür ist das organisierte Bot-Netzwerk auf Facebook, das von Russland aus betrieben und im Oktober 2016 von Journalisten des ukrainischen Online-Portals Texty.org.ua aufgedeckt wurde. Mitglieder dieses Netzwerks gaben sich als ukrainische Patrioten aus und riefen zu einem dritten Maidan auf, um die ukrainische Regierung zu stürzen.

Fazit

Es lässt sich festhalten, dass die Ukraine nach wie vor ein Land mit einer relativ freien und pluralistischen Medienlandschaft ist. Das Medienumfeld hat sich seit dem Maidan deutlich verbessert. Zu den wichtigsten Ent-

wicklungen zählen die Änderungen in der Mediengesetzgebung (unter anderem im Bereich des Zugangs zu Informationen, der Privatisierung staatlicher und kommunaler Zeitungen und der Transparenz von Medien-eigentümern) und die ersten Schritte, die unternommen wurden, um die staatliche Rundfunkanstalt in eine öffentlich-rechtliche umzuwandeln. Diese Bedingungen ermöglichen die Verbreitung von Informationen, die für eine gesellschaftliche Diskussion über die Kandidaten und ihre Programme und für informierte Wahlentscheidungen unerlässlich sind.

Dennoch gibt es erhebliche Einschränkungen der Medienfreiheit und -pluralität, und Hindernisse für ukrainische Bürger, die sich über die Präsidentschaftskandidaten und ihre Programme objektiv informieren wollen. So sind die größten Fernsehsender, die wichtigste Informationsquelle im Land, in den Händen weniger politisch tätiger Oligarchen und Politiker konzentriert. Ein weiteres Hindernis ist die von Politikern gebremste Reform der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt. Die Anfälligkeit der ukrainischen Medien für russische Propaganda und Desinformation ist ebenfalls ein großes Problem. Seit 2014 äußert Russland offen seine Kritik an den Entwicklungen in der Ukraine, und russische Propaganda- und Desinformationskampagnen zielen darauf ab, die ukrainische Regierung und die gesamte Innen- und Außenpolitik der Ukraine in ein

schlechtes Licht zu rücken. Diese Bemühungen sind am Vorabend der ukrainischen Wahlen besonders intensiv. Dabei ist wichtig, dass die gefälschten Nachrichten und die Propaganda aus Russland nicht nur über russische Medien und das Internet verbreitet werden, sondern oft auch von ukrainischen Medien, die sich im Besitz pro-russischer Politiker und Oligarchen befinden.

Wer auch immer die Präsidentschaftswahlen 2019 in der Ukraine gewinnt – die ukrainische Gesellschaft wird weiterhin mit den oben genannten Herausforderungen konfrontiert sein. Um diese zu bewältigen, müssen folgende Schritte unternommen werden:

- 1) Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss fortgesetzt werden (bzw. dieser verteidigt werden).
- 2) Die »Zensur durch die Oligarchen« in den von Oligarchen kontrollierten Medien muss angegangen werden (u. a. durch eine Reform der Wahlgesetzgebung).
- 3) Die Cybersicherheit muss weiter gestärkt werden, die Medien- und Digitalkompetenz der Gesellschaft muss erhöht werden und neue Instrumente zur Bekämpfung von Propaganda und Desinformation müssen entwickelt werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Über die Autorin:

Natalya Ryabinska ist außerordentliche Professorin am Collegium Civitas in Warschau. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Mediensysteme im postkommunistischen Europa und Eurasien, Medientransformation in hybriden Regimen, Medien und Demokratie, politische und internationale Kommunikation und Neue Medien. 2017 erschien in der Reihe *Soviet and Post-Soviet Politics and Society* ihr Buch *Ukraine's Post-Communist Mass Media: Between Culture and Commercialization*.

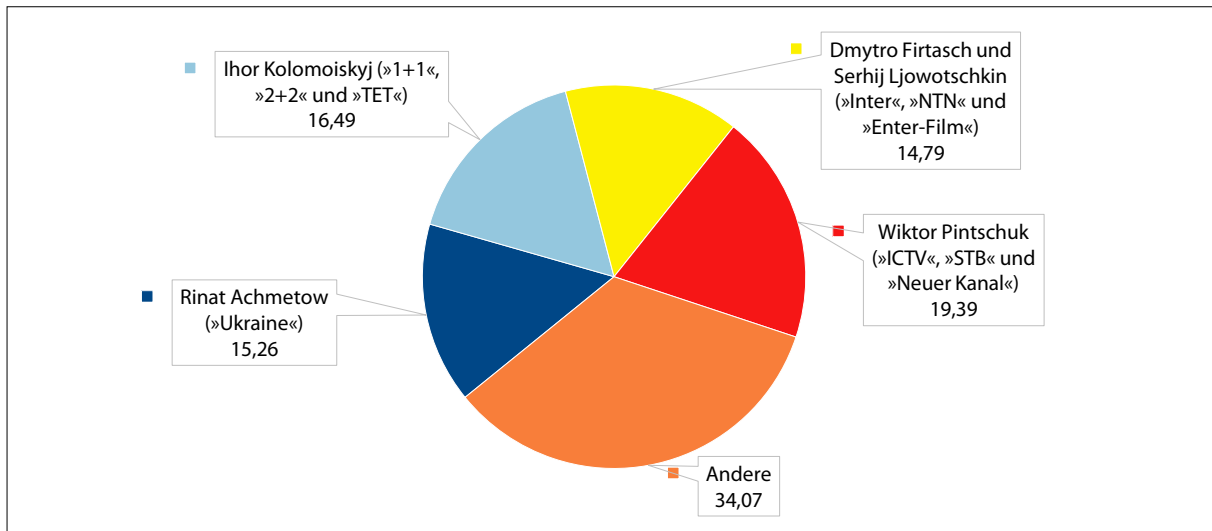
Bibliographie:

- Clarke, S., Dondo, A., Harrison, A., und L. Huetting (2017): Freedom of Expression in the Post-Euromaidan Ukraine. PEN International. Online verfügbar unter <https://pen-international.org/app/uploads/archive/2017/09/PEN-International-Ukraine-Report.pdf>.
- Institute of Mass Information (2018): Semi-light, Twilight: (non) transparency of online media ownership. Online verfügbar unter <https://imi.org.ua/monitorings/napivsvitlo-napivtemriava-ne-prozorist-vlasnosti-internet-zmi-doslidzhennia-imi/?fbclid=IwAR1Hy8ufd6WBdSBUYDBpLnBTdQbZlptzQ2SGxRZ784s6DmYYkdfkLp6SKCQ>.
- Institute of Mass Information, Reporters Without Borders (2017): Who owns the media in Ukraine? Media ownership monitor. Online verfügbar unter <https://ukraine.mom-rsf.org/en>.
- Romanenko, N., Mykhaylyshyn, Y., Solodko, P., & Zog, O. (2016): The troll network. Texty.org.ua. Online verfügbar unter http://texty.org.ua/d/fb-trolls/index_eng.html.
- Yermolenko, V. (ed.) (2017) Words and Wars: Ukraine Facing Kremlin Propaganda. Online verfügbar unter https://issuu.com/internews-ukraine/docs/words_and_wars.
- Zhdanova, M., D. Orlova (2017) Computational Propaganda in Ukraine: Caught between external threats and internal challenges. University of Oxford: Project on Computational Propaganda. Working Paper 2017.9. Online verfügbar unter <http://comprop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2017/06/Comprop-Ukraine.pdf>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

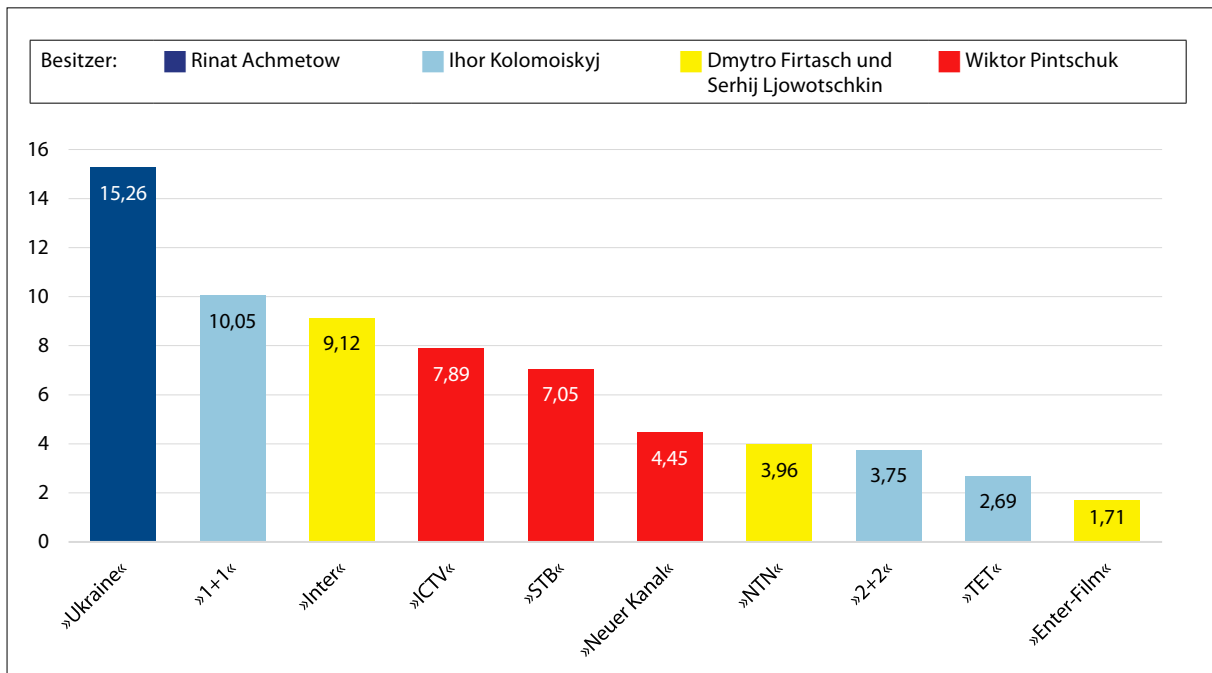
Die ukrainischen Medien in Zahlen

Grafik 1a: Top-10 TV-Kanäle 2018 (Marktanteile in % nach Besitzverhältnissen)

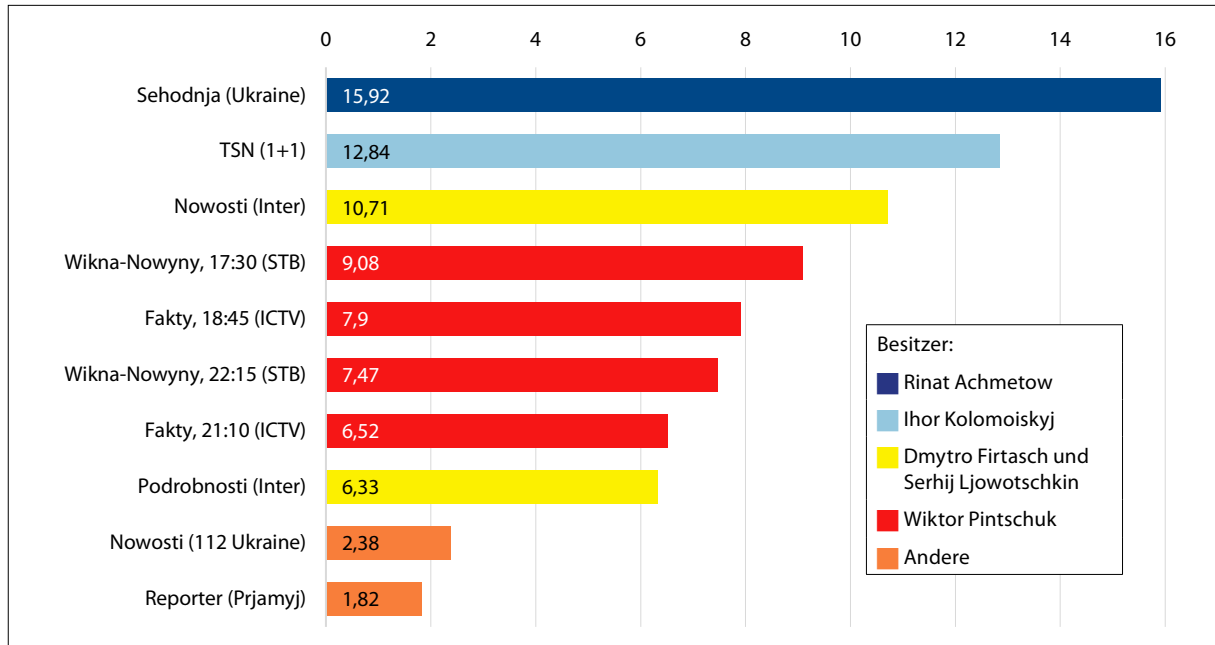


Quelle: Nielsen Television Audience Measurement (Nielsen TAM), <https://detector.media/rinok/article/143867/2019-01-08-ukraina-stala-liderom-telepereglyadu-2018-rotsi-drugie-mistse-v-11-ictv-ta-intera/>, zuletzt geprüft am 13. Februar 2019; Eigentümer: Institute of Mass Information und Reporters Without Borders (2017): Who owns the media in Ukraine? Media ownership monitor. Online verfügbar unter <https://ukraine.mom-rsf.org/en> und Clarke, S., Dondo, A., Harrison, A., und L. Hueting (2017): Freedom of Expression in the Post-Euromaidan Ukraine. PEN International. Online verfügbar unter <https://pen-international.org/app/uploads/archive/2017/09/PEN-International-Ukraine-Report.pdf>.

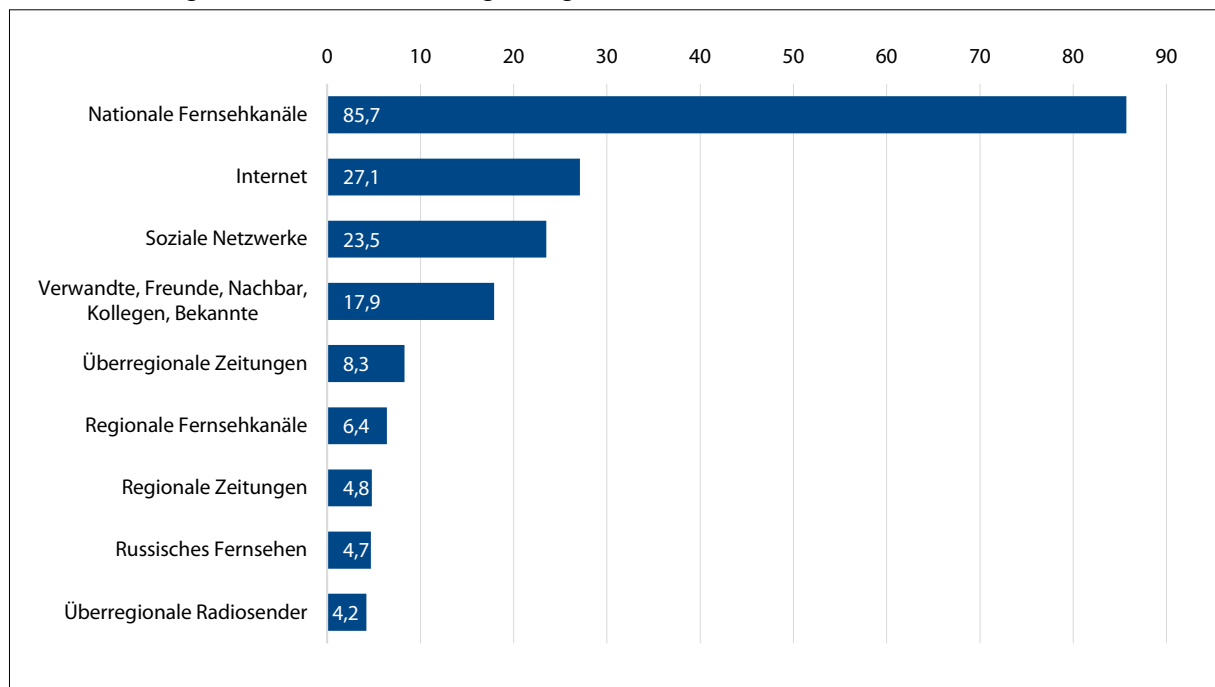
Grafik 1b: Top-10 TV-Kanäle 2018 (Marktanteil in % in der Altersgruppe 18+)



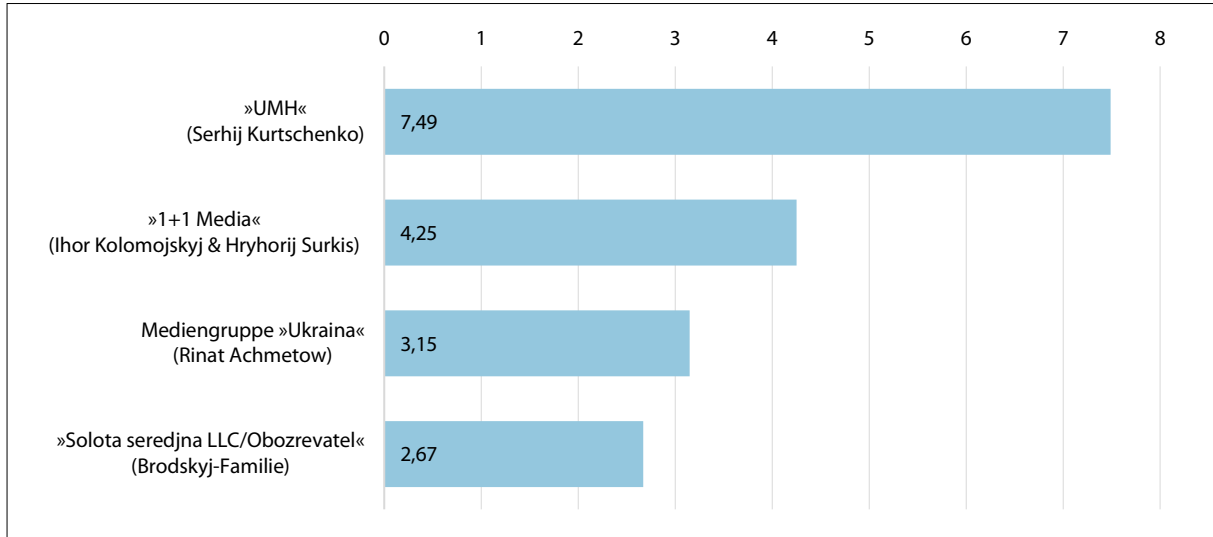
Quelle: Nielsen Television Audience Measurement (Nielsen TAM), <https://detector.media/rinok/article/143867/2019-01-08-ukraina-stala-liderom-telepereglyadu-2018-rotsi-drugie-mistse-v-11-ictv-ta-intera/>, zuletzt geprüft am 13. Februar 2019; Eigentümer: Institute of Mass Information und Reporters Without Borders (2017): Who owns the media in Ukraine? Media ownership monitor. Online verfügbar unter <https://ukraine.mom-rsf.org/en> und Clarke, S., Dondo, A., Harrison, A., und L. Hueting (2017): Freedom of Expression in the Post-Euromaidan Ukraine. PEN International. Online verfügbar unter <https://pen-international.org/app/uploads/archive/2017/09/PEN-International-Ukraine-Report.pdf>.

Grafik 2: Top-10 der Abendnachrichten (in % der Altersgruppe 18+; Stand: 12. Februar 2019)

Quelle: Nielsen Television Audience Measurement (Nielsen TAM), Quelle: <http://tampanel.com.ua/en/rubrics/top-evening-news/>, zuletzt geprüft am 13 Februar 2019.

Grafik 3: Die wichtigsten Quellen für Nachrichten über die Ukraine und die Welt (Angabe in %; Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie: Credence to media, influence of Russian propaganda, and media literacy in Ukraine, https://detector.media/doc/images/news/archive/2016/136017/DM_KMIS_engl__WEB-2.pdf, zuletzt geprüft am 15 Februar 2019.

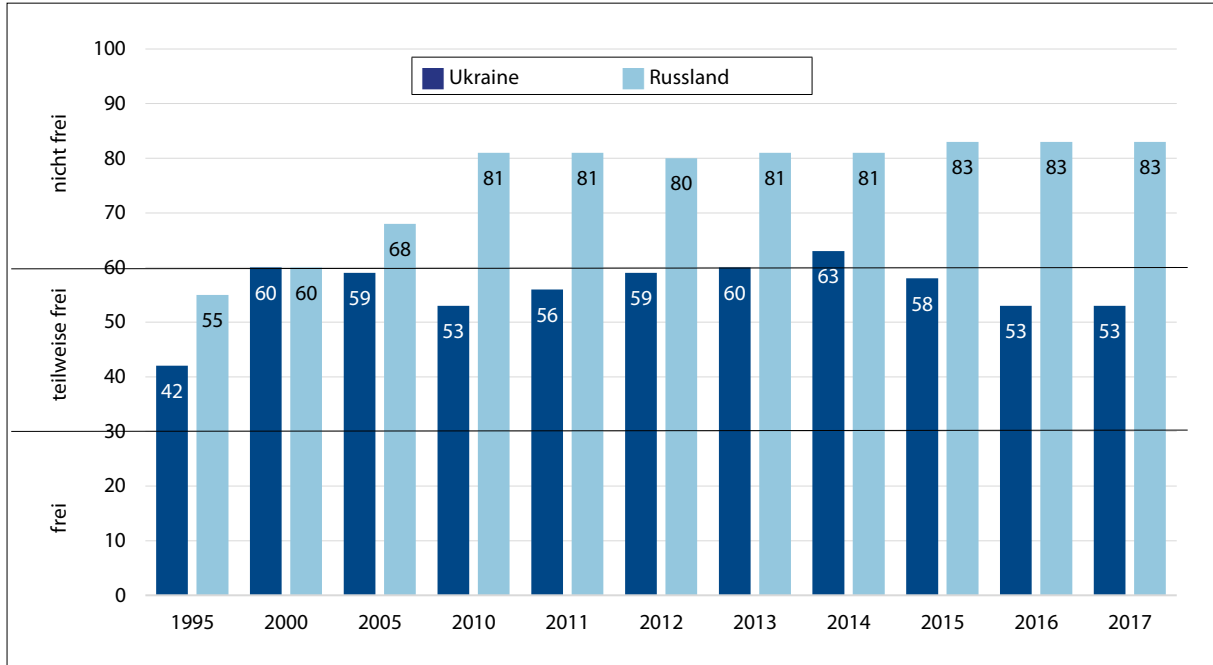
Grafik 4: Top-4 Eigentümer ukrainischer Onlinemedien (Marktanteil in %)

Quelle: Institute of Mass Information und Reporters Without Borders (2017): Who owns the media in Ukraine? Media ownership monitor. Online verfügbar unter <https://ukraine.mom-rsf.org/en>

Tabelle 1: Die 10 wichtigsten Onlinemedien

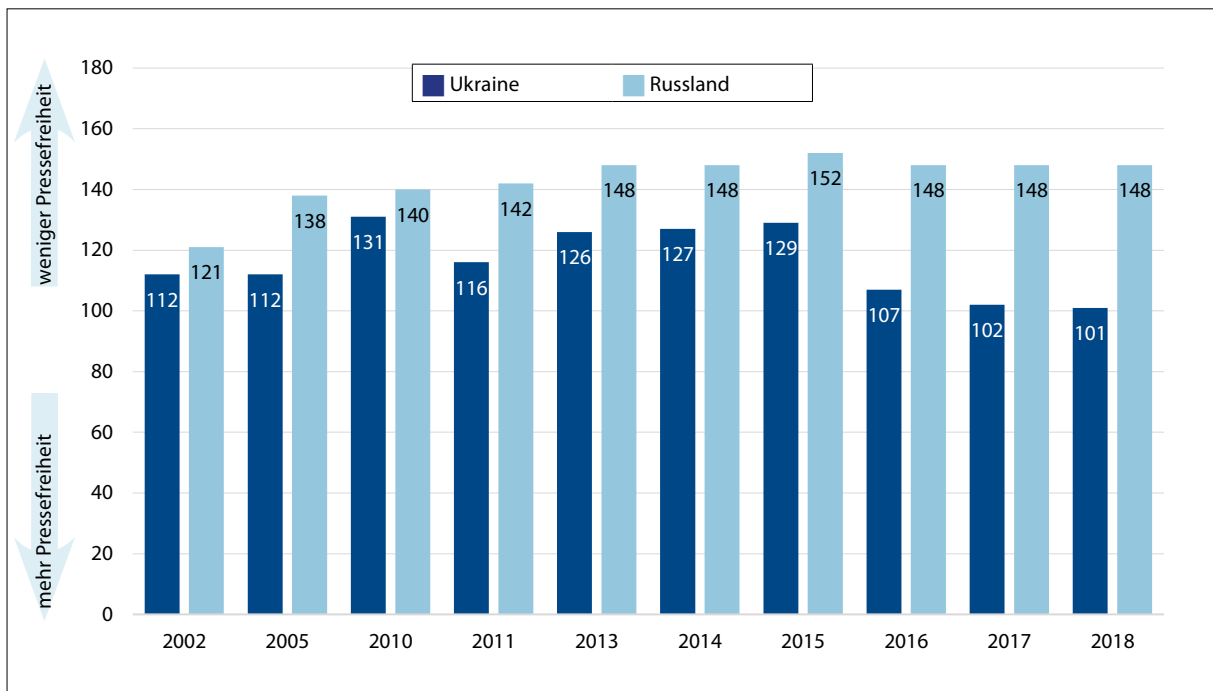
	Website	Eigentümer
1	24.tv.ua	Kateryna Kit-Sadowa (Ehefrau von Andrij Sadowyj)
2	tsn.ua	Ihor Kolomojskyj
3	obozrevatel.com	Juri Brodskyj (Sohn von Mychajlo Brodskyj)
4	segodnya.ua	Rinat Achmetow
5	unian (.net/.info/ua)	Ihor Kolomojskyj
6	rbc.ua	Josip Pintus (Medienunternehmer)
7	pravda.com.ua	Journalistenkollektiv
8	znaj.ua	Endbegünstiger im Ausland ansässig
9	korrespondent.net	Serhij Kurtuschenko
10	politeka.net	Endbegünstiger im Ausland ansässig

Quelle: Eigene Zusammenstellung der Autorin Natalya Ryabinska anhand von Daten der Ukrainian Internet Association (inau.ua) und des Instituts für Massenin-formation (imi.org.ua).

Grafik 5: Die Ukraine und Russland in den Freedom House-Rankings zur Pressefreiheit (1995 – 2017)

Anmerkung: Die Länder werden auf einer Skala von 0 (frei) bis 100 (nicht frei) auf Grundlage von Fragen zum ungestörten Nachrichten- und Informationsfluss bewertet. Länder mit Werten zwischen 0 und 30 gelten als Staaten mit »freien« Medien; Länder mit Werten von 31 bis 60 haben »teilweise freie« Medien und Länder von 61 bis 100 haben »nicht freie« Medien.

Quelle: Freedom House: Freedom of the press, <https://freedomhouse.org/report/freedom-press/freedom-press-2017>

Grafik 6: Die Ukraine und Russland in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (2002 – 2018)

Quelle: Rangliste der Pressefreiheit, Reporter ohne Grenzen, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/weltkarte/#rangliste-der-pressefreiheit>

Statement der NGO-Koalition *Reanimation Package of Reforms* (RPR) zur Situation beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

SITUATION WITH PUBLIC BROADCASTING

RPR coalition is concerned about the conflict between the governing bodies of the National Public Broadcasting Company that threatens the sustainable development of the public broadcaster.

Establishment of public broadcasting in Ukraine was one of the first RPR's requirements back in 2014. We feel responsible not only for advocating the adoption of the law and amendments thereto, but also for the actual implementation of this reform. Since the establishment of the National Public Broadcasting Company of Ukraine (UA:PBC), the company has been subjected to pressure through critical underfunding, which has caused many millions of debts to service providers of signal distribution services. This directly affects the possibility of not only transforming, but also performing the main tasks of UA:PBC – creation of high-quality content for different social groups.

In this context, the supervisory board and the management board play a special role and bear a great responsibility. They must take all reasonable measures to establish public service broadcasting as an institution, create a program policy that will fill the void of high-quality informational and socio-political content in the Ukrainian television and radio space in accordance with the journalism standards. The supervisory board and the management board should defend the company's independence from political influences and advocate strengthening the financial guarantees of the public broadcaster.

Accountability of the supervisory board and the management board is part of the accountability of the public broadcaster itself. Existence of different constructive visions between the management board and the supervisory board serve as the basis for healthy discussion and decision-making. However, this does not have to turn into personal score-settling.

RPR calls on the UA:PBC supervisory board and management board to increase transparency and informing regarding their activities to prevent possible speculation and form a sustainable culture of good governance. In addition, information about any external funding raised by UA:PBC should be disclosed on the same basis as funding from the state budget.

Creation of public broadcasting requires experience in managing independent institutions that are not inherent in a bureaucratized government system. Lack of experience can lead to the adoption of false decisions that require analysis and prompt correction. Management team as the basis of Public Broadcasting in Kyiv and regions should continue to work on the implementation of the company's mission, especially during the election period.

RPR emphasizes that the public service broadcasting reform is in jeopardy. We call on all UA:PBC management bodies to be more reasonable and seek solutions that will allow continuation of establishing public service broadcasting as a sustainable institution. Society risks losing a system that is able to provide citizens with high-quality unbiased news and socio-political, educational content, and will set the benchmark for non-manipulating discussions and show the reality as it is.

RPR stresses that the systematic lack of funding by the government and parliament of an extensive system of national and regional television and radio channels, and the simultaneous blaming of "lack of change" is simplification and manipulation. Ukraine risks returning to the practices inherent in former state broadcasting, in particular in the form of traditional, complimenting 20-minute speeches demanded from UA:PBC by MPs over the past two years. The task of UA:PBC is to provide citizens with impartial and balanced information. The task of politicians is to learn a new culture of communication with voters and how to sustainably defend their positions especially in a form of discussions and debates. It is in the interest of all political forces and society in general to ensure independence and sustainability of public service broadcasting.

Quelle: *Reanimation Package of Reforms*, 19.02.2019, <https://rpr.org.ua/en/news/situation-with-public-broadcasting-rpr-position/>

Bericht des *Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (OHCHR) zum öffentlichen Raum und Grundrechten vor den Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen in der Ukraine 2019/2020 (in Ausschnitten)

Executive summary

Since early 2018, the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) has been paying particular attention to the issue of civic space and fundamental freedoms in Ukraine. OHCHR notes a lack of accountability in most of the documented cases of attacks against journalists and other media professionals, civic and political activists, and defence lawyers. As long as such impunity remains unaddressed, space for the promotion and protection of fundamental freedoms is at risk.

Ahead of the presidential and parliamentary elections in March and October 2019 respectively and of the local elections in October 2020, this report provides a brief overview of developments that have affected the enjoyment of freedoms of opinion and expression, association, peaceful assembly, religion or belief, and political rights. Persistence or an increase of attacks on human rights pertinent to elections could have an impact on the exercise of the right to participate in the upcoming electoral processes and affect their fairness and credibility. The report puts forward recommendations to improve the human rights environment in the context of elections and to thereby strengthen conditions for peaceful and inclusive elections.

During the reporting period, OHCHR documented 164 violations and identified a set of concerns regarding restrictions to civic space, including failure of the authorities to ensure security for peaceful assemblies and inability to protect groups at risk, lack of investigation and accountability for perpetrators, and attempts to limit civic space by means of shaping the regulatory framework. In at least 34 documented incidents, perpetrators are directly linked or affiliated with extreme right-wing groups.

In the context of elections, the Government should be particularly diligent in ensuring respect for fundamental freedoms and condemn and address acts of violence, intimidation, intolerance or discrimination based on any grounds, including political opinion. Peaceful and inclusive elections require an environment where all human rights, in particular the rights to equality and non-discrimination, to freedoms of opinion and expression, peaceful assembly and association, are fully respected and enjoyed by all individuals.

This report covers the period from 1 January 2018 to 15 January 2019 and focuses on territory where the Government exercises effective control and where the aforementioned elections will be carried out. Thus, the report does not refer to the situation in territory controlled by the self-proclaimed 'Donetsk people's republic' and self-proclaimed 'Luhansk people's republic' and in the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol, Ukraine, temporarily occupied by the Russian Federation.

Trends negatively affecting the exercise of fundamental freedoms

Throughout the reporting period, OHCHR documented 164 violations affecting the fundamental freedoms of opinion and expression, peaceful assembly and association, and religion or belief, as well as the right to non-discrimination and equal protection under the law. While documenting a gradual increase of violations affecting journalists and other media professionals, civic and political activists, and defence lawyers, OHCHR notes that a significant number of them relate to attacks allegedly perpetrated by extreme right-wing groups, in most cases with impunity. Even though there was a decrease in violations after 15 November 2018 due to the seasonal lull occurring every new year period, OHCHR is concerned that, if impunity remains unaddressed there is a risk that this will fuel further attacks.

Freedom of opinion and expression

OHCHR observed a pattern of violent attacks and acts of intimidation against journalists and other media professionals, civil society and political activists, as well as defence lawyers throughout the reporting period. These attacks have created an atmosphere of intimidation, which has a chilling effect on people's ability and willingness to speak openly on issues of public importance, notably to express their disagreement or concerns about policies. The protection of the right to freedom of opinion and expression is particularly essential during times of political change, notably to ensure that the public is well-informed and empowered to safely and freely exercise civil and political rights. Providing the conditions for free and open political communication is an essential element of ensuring fair and democratic electoral processes.

Throughout the reporting period, OHCHR observed a gradual increase of attacks against journalists, including incidents perpetrated in front of cameras during live broadcasting. Investigators often failed to accurately classify these attacks under applicable law, disregarding perpetrators' motive to disrupt or prevent journalists' activities. Disregarding such motive that would justify other charges carrying higher sentences leads to impunity on these charges. Investigators thereby deny the particular protection that is afforded to journalists by the law.

In 2018, in at least two separate cases, Ukrainian courts ruled to grant prosecution access to personal data of investigative journalists, including of their sources, which could be perceived as acts of intimidation. These decisions are of concern and could encourage further attempts of authorities to intimidate journalists, foster censorship and discourage their investigative work.

Furthermore, various authorities continued using a broad and inconsistent interpretation of criminal provisions related to terrorism, provisions on high treason and trespassing on Ukraine's territorial integrity against journalists, bloggers and social media users for publishing or posting and reposting information seen as 'anti-Ukrainian'.

Moreover, concerns arise about certain legislative initiatives proposing to vest State authorities with wide discretion and power to block online sources which would unduly restrict freedom of opinion and expression.

Quelle: Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 12.03.2019, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/CivicSpaceFundamentalFreedoms2019-2020.pdf>

ANALYSE

Poroschenko und der »Tomos-Effekt«

Von Nikolay Mitrokhin, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Zusammenfassung

Die Gründung und Anerkennung der Orthodoxen Kirche der Ukraine durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel ging nicht zuletzt auf den persönlichen Einsatz von Präsident Petro Poroschenko zurück. Poroschenko, der in der Wählergunst lange Zeit weit zurücklag, erhoffte sich durch den »Tomos-Effekt« seine Popularität im Wahlkampf steigern zu können – was nur zum Teil gelang. Der Wechsel zur neuen Kirche verläuft bisher schleppend und zum Teil unter Druck der lokalen Behörden, denn viele aktive Gläubige und ihr Klerus stehen der neugegründeten Orthodoxen Kirche der Ukraine skeptisch gegenüber.

Einleitung

Nachdem Präsident Petro Poroschenko im vergangenen Jahr in den Wählerumfragen stets weit zurücklag, konnte er sein Rating ab Dezember 2018 wieder deutlich verbessern. Mit einer Zustimmung von rund 16–18 Prozent liegt er aktuell in mehreren Umfragen auf Rang zwei und würde damit voraussichtlich den zweiten Wahlgang erreichen.

Zu den Hauptgründen für Poroschenkos Comeback zählt die Gründung der neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) am 15. Dezember 2018, die Anfang Januar vom Patriarchen von Konstantinopel offiziell anerkannt wurde. Poroschenko und das geistliche Oberhaupt der neuen Kirche, Metropolit Epiphanius, tourten daraufhin durch das Land und präsentierten der Öffentlichkeit das Tomos – das Dokument, das die Anerkennung der OKU offiziell bestätigt. Anfang

Februar wurde die Tour jedoch abrupt beendet, und die zuvor allgegenwärtigen Plakate mit Poroschenko und dem Tomos waren plötzlich wieder aus dem Straßenbild verschwunden.

Die Gründung der OKU hat Poroschenko zwar wieder mehr Zustimmung verschafft, ihn allerdings nicht wie erhofft an die Spitze im Präsidentschaftsrennen gebracht. Er liegt noch immer deutlich hinter dem beliebten Komiker Wolodymyr Selenskyj, der Poroschenkos neuen Patriotismus – die Schaffung einer geeinten ukrainischen Nation um die neue Kirche herum – verspottet.

Historische Entwicklung oder Wahlkampftrick?

Obwohl schon seit Anfang der 1990er Jahre über die Schaffung einer unabhängigen nationalen Ukrainisch-

Orthodoxen Kirche diskutiert wurde, kam es nie zur Gründung. Das lag vor allem am Widerstand der größten orthodoxen Kirche in der Ukraine – der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP). Und zwei weitere orthodoxe Kirchen, die zu Beginn der 1990er entstanden, die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK-KP) und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UOAK), waren zu schwach, um sich durchzusetzen.

Und selbst nachdem Priester des UOK-MP die russische Aggression im Donbas und in der Südukraine unterstützt hatten, waren Anfang 2018 nur etwa ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung für die Schaffung einer unabhängigen ukrainisch-orthodoxen Kirche.

Im April 2018 aber änderte sich die Situation, als Poroschenko seine Kampagne zur Gründung einer einzigen nationalen Kirche startete – symbolisiert durch sein Vorhaben, den Tomos über die Autokephalie zu erhalten. Diese Kampagne, die fast alle ukrainischen Politiker hinter sich vereinte, schuf einen starken Propagandaeffekt, und Ende 2018 schienen viele Ukrainer von der Notwendigkeit einer »vereinten Landeskirche« überzeugt, auch wenn diese Überzeugung nur kurze Zeit anhielt.

Die Befürworter der neuen Kirche stützten sich auf Daten des Razumkow-Zentrums, das nach Ausbruch des russisch-ukrainischen Konflikts einen starken Anstieg der Anhängerzahlen der UOK-KP (29 Prozent der Befragten) im Vergleich zu den Anhängern der UOK-MP (13 Prozent) zeigte (siehe dazu die Grafiken und Tabellen in den Ukraine-Analysen 207, S. 6–8, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen207.pdf>).

Meine Feldforschung in der Ukraine während der letzten vier Jahre zeigt jedoch ein etwas anderes Bild – das eine Erklärung liefern kann, weshalb der Tomos-Effekt das Rating von Poroschenko nicht nachhaltig verbessern konnte.

Kirchgänger in der Ukraine

Meine Feldforschung in der Zentral- und Südukraine hat gezeigt, dass es nur sehr wenige aktive Kirchgänger im Land gibt. In weiten Teilen des Landes (außer in der Westukraine) machen aktive Kirchgänger nur etwa ein Prozent der Stadtbevölkerung und zwei Prozent der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten aus.

Nach Angaben des Razumkow-Zentrums gaben 19,2 Prozent der Bevölkerung in der Zentralukraine an, an einem Sonntag im April 2018 eine Kirche besucht zu haben (der landesweite Durchschnitt lag bei 23 Prozent). Wie meine Untersuchungen belegen, besuchten in der Praxis im Juni 2018 jedoch nicht mehr als 0,5 – 0,7 Prozent der Kiewer Bevölkerung einen Gottesdienst. So nahmen im Kiewer Stadtteil Obolon, in dem mehr

als 200.000 Einwohner leben, etwa 550 Personen an den Gottesdiensten der fünf Kirchen der UOK-MP teil und 50 Menschen am Gottesdienst der einzigen Kirche der UOK-KP in diesem Stadtteil. Die Zahl der Kirchgänger in den ländlichen Gebieten von Kiew und in der Region Winnyzja war etwas größer, machte aber auch da nur etwa ein Prozent der Bevölkerung aus.

In den meisten Regionen der Ukraine verfügen die orthodoxen Kirchen nicht über die Kapazitäten, um mehr als zwei Prozent der Bevölkerung gleichzeitig aufzunehmen. In der Westukraine, in der 22 Prozent der Bevölkerung leben, gibt es mehr Kapazitäten – dort können die orthodoxen Kirchen theoretisch etwa 10–15 Prozent der lokalen Bevölkerung aufnehmen –, was aber immer noch weniger wäre als die Zahl der Kirchgänger aus der Umfrage des Razumkow-Zentrums.

Die aktiven Kirchgänger (diejenigen, die mindestens zweimal im Monat an Gottesdiensten teilnehmen) sind entsprechend der in der Feldforschung erhobenen Daten zahlenmäßig eine kaum bedeutende Minderheit. In den Meinungsumfragen sind sie daher auch nur am Rande vertreten, was insofern eine Rolle spielt, als dass sich ihre Ansichten in der Regel von denen des Großteils der gelegentlichen Kirchenbesucher unterscheiden.

So sind die aktiven Kirchenbesucher mit den religiösen Ansichten und der Kirchenpraxis der UOK-MP zufrieden, einschließlich der besonderen Nähe zu Russland, und lassen sich weniger vom ukrainischen Nationalismus beeinflussen. Im Großen und Ganzen unterstützen sie daher Poroschenkos Initiative für eine neue Kirche nicht.

Wenn es aus der orthodoxen Glaubensgemeinschaft somit kaum Forderungen nach einer vereinigten nationalen Kirche gibt, ist es sehr wahrscheinlich, dass Poroschenkos Autokephalie-Kampagne Teil seiner Wahlkampfstrategie ist, deren Kernslogan lautet: »Armee. Sprache. Glaube«.

Folgen der Autokephalie

Eine »Vereinigte Nationale Kirche«, die die Mehrheit der orthodoxen Gläubigen in der Ukraine vereint, ist nicht gegründet worden. Weder die Mehrheit der aktiven orthodoxen Gläubigen noch ihr Klerus wollten eine neue Kirche. Persönlichen Interviews und Diskussionen in den sozialen Netzwerken zu Folge, ist die neue Kirche für viele orthodoxe Gläubige nicht attraktiv.

Die OKU entstand *de facto* als Zusammenschluss zweier kleinerer ukrainischer orthodoxer Kirchen, der UOK-KP und der UAOK. Die religiöse Hierarchie der neuen Kirche setzt sich aus Geistlichen dieser beiden Kirchen zusammen und das Oberhaupt der neuen Kirche, Metropolit Epiphanius, gilt als rechte Hand von Patriarch Filaret, dem Oberhaupt des Kiewer Patriar-

chats. Bisher weigern sich die anderen orthodoxen Kirchen – mit Ausnahme des Patriarchats von Konstantinopel – die OKU anzuerkennen.

Im Gründungsrat der neuen Kirche saßen nur zwei von 83 möglichen »Überläufern« aus der UOK-MP. Auch haben sich bisher nur wenige Gemeinden des OUK-MP der neuen Kirche angeschlossen: In der Hauptstadt Kiew etwa mit ihrer generell patriotischen Bevölkerung wechselten lediglich drei von 270 Gemeinden zur UOK über. Insgesamt sind (mit Stand vom 21. März 2019) 486 Gemeinden gewechselt. Eine sehr geringe Zahl angesichts der mehr als 12.500 Gemeinden, welche die UOK-MP in der Ukraine umfasst.

Der Eingemeindungsprozess – bei dem es nicht nur darum geht, dass Gemeindemitglieder wechseln, sondern auch darum, das Kirchengut der bestehenden Gemeinden zu überführen – birgt viel Konfliktpotenzial und führte zu einer offenen Konfrontation zwischen dem Staat und den lokalen Behörden einerseits und den aktiven Kirchengängern und Geistlichen andererseits. In ländlichen Gebieten werden Entscheidungen über die Überführung von Gemeinden der UOK-MP in die neue Kirchenstruktur oft auf Gemeindeversammlungen unter Federführung der lokalen Behörden getroffen. In vielen Fällen weigern sich Priester und zumindest Teile der Gemeindemitglieder, den Beschluss der Behörden zu akzeptieren. Im Ergebnis bestehen dann ihre Gemeinden zwar fort, aber ihnen wird ihr Kirchenbesitz entzogen bzw. ihre Ansprüche darauf.

Bis Mitte März 2019 waren etwa vier Prozent aller Gemeinden der UOK-MP offiziell in die neue Kirche übergewechselt. Es ist kein Zufall, dass die Mehrheit dieser Gemeinden in Regionen liegt, in denen Poroschenko und seine Partei die lokalen Verwaltungen kontrollieren: in Winnyzja, Wolhynien, Chmelnyzkyj und Tscherkassy. In der Ost- und Südukraine, im äußersten Westen (Transkarpatien) sowie in Kiew (inkl. Umland) gibt es hingegen nur wenige Wechsel.

Angespannte Situation in Chmelnyzkyj: Wechsel unter Druck

In der zentralukrainischen Oblast Chmelnyzkyj, wo ich im Februar 2019 eine Feldforschung durchgeführt habe, wechselten im Januar und Februar etwa 35 der 970 Gemeinden in die neue Kirche – fast alle aus denselben drei Bezirken. Allerdings bestätigten nur ein Dutzend Priester der betroffenen Gemeinden diesen Wechsel offiziell. Die meisten dieser »Übergänge« erfolgten offensichtlich auf Druck der lokalen Behörden. In einigen Fällen wurden die Treffen, bei denen über den Wechsel entschieden wurde, auf Druck und unter Beteiligung von Aktivisten der neonazistischen Jugendorganisation »Phoenix« und ihrem Leiter Wiktor Burlik

durchgeführt, der auch als Abgeordneter im Stadtrat von Chmelnyzkyj sitzt.

Am 5. Februar war ich einer Gemeinde im Dorf Stawnyzja in der Region Chmelnyzkyj. Dies ist eine der drei Siedlungen, die zur Gemeinde Medschybischno gehören. In allen drei gibt es Kirchen der UOK-MP. In Medschybischno gibt es auch eine Kirche der UOK-KP. Dennoch beschloss der Leiter der Gemeinde, die Kirche in Stawnyzja in die Obhut der neuen Kirche zu übertragen. Auf der Versammlung, die diesen Entschluss fällte, waren unter den ca. 135 Teilnehmern auch Mitglieder von »Phoenix«, die eigens für die Abstimmung angereist waren. Der Pfarrer der Kirche, unterstützt vom geistlichen Oberhaupt der Gemeinde und vom Dorfvorsteher, weigerte sich jedoch, den Schlüssel für die Kirche zu übereignen. Er und seine Mitstreiter wandten sich an die Polizei und schrieben einen Protestbrief, damit eine neue Abstimmung durchgeführt wird. Dennoch wurde die Gemeinde sofort in die Gemeinde-Liste der OKU aufgenommen. Als ich noch vor Ort war, stand die Kirche *de facto* noch unter Kontrolle der UOK-MP. Eine Woche später wurde sie von der Polizei versiegelt und, wenn die Berichte der beiden Konfliktparteien zutreffen, schließlich doch an die OKU überführt.

Jedoch erfolgen längst nicht alle Zugehörigkeitswechsel unter Druck. Die Priester in der Region Chmelnyzkyj erklären, dass sich auch aktive Gemeindemitglieder für den Wechsel aussprechen. Und es gebe auch Priester, die von sich aus die Initiative ergreifen und mit ihren Gemeinden zur neuen Kirche wechseln.

So z. B. auch in Chmelnyzkyjs Nachbarregion Riwne. Nach Angaben des Bischofs und der Nonnen mehrerer Klöster, die ich befragt habe, gab es dort keinen Druck von Gemeindemitgliedern. In einem der Bezirke der Oblast handelte der Bezirksvorsteher jedoch gegen die UOK-MP und unterstellte mehrere Gemeinden der OKU. Aus der Region Riwne ist zudem bekannt, dass die lokale Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) mehrfach Priester zur Befragung einberief und Durchsuchungen durchführte, vermutlich um Druck auszuüben.

Fazit

Die Ukraine hat durch den Tomos nicht so sehr eine unabhängige ukrainische Kirche erhalten, sondern eher eine offizielle Staatskirche. Die Behörden führten einen »religiösen Nationalismus« ein, der im Widerspruch zum Pluralismus und zur Wahrung der Religionsfreiheit steht, die in der ukrainischen Verfassung verankert sind. Da die OKU bisher nicht in der Lage war, die Mehrheit der orthodoxen Gläubigen unter ihrer Schirmherrschaft zu versammeln, erhielt sie vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel nicht den Status eines »Patri-

archats« und wird bisher nur in den Augen Konstantinopels als legitim (kanonisch) anerkannt, nicht jedoch von den anderen orthodoxen Kirchen.

Während die UOK-KP in der Vergangenheit eigenständig agieren konnte – wie z. B. während des Maidans, als sie die Oppositionsbewegung gegen Janukowytsh unterstützte –, ist die OKU weitgehend vom Staat abhängig, der eine Schlüsselrolle bei ihrer Schaffung spielte: Erstens sorgte Präsident Poroschenko für den erfolgreichen Abschluss der Gespräche mit Konstantinopel. Zweitens geht vom Staat eine systematische Unterdrückung der UOK-MP aus, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Es sind politische Verbündete von Poroschenko, die die Wechsel der Gemeinden vorantreiben. Der SBU, der dem Präsidenten direkt untersteht, übt gezielt Druck auf Kritiker der Zugehörigkeitswechsel aus. Gleichzeitig bleiben die Befürworter der OKU, die aktiv und in großem

Umfang zum Hass auf die »Moskauer Geistlichen« aufrufen, ungestraft.

Anstatt die Nation zu einen, führte Poroschenkos Vorgehen zu einer neuen Konfrontation, von der vor allem die ländlichen Gemeinden betroffen sind. Während die Erlangung des Tomos vielleicht kurzzeitig patriotische Wähler zu Gunsten Poroschenkos mobilisiert hat, reicht die Errichtung der neuen Staatskirche nicht aus, um sich die Unterstützung der breiten Bevölkerung zu sichern. Denn die meisten Bürger sind nicht religiös und interessieren sich mehr für akute Fragen des täglichen Lebens, die von Poroschenkos Herausforderer Selenskyj angesprochen werden. Und selbst, wenn sie aktive orthodoxe Gläubige sind, neigen sie eher dazu, sich gegen Poroschenkos neue Kirche zu stellen.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Dr. Eduard Klein*

Über den Autor:

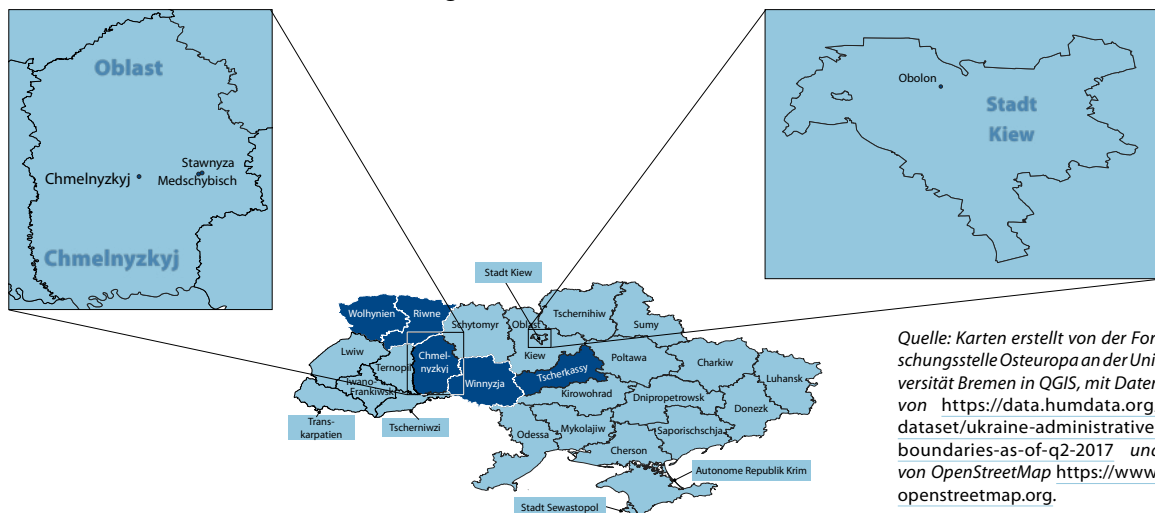
Dr. Nikolay Mitrokhin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und forscht unter anderem zur Russisch-Orthodoxen Kirche und zu gesellschaftlichen Bewegungen in der späten Sowjetunion. Sein aktuelles Forschungsprojekt untersucht ideologische Gruppen der Russisch-Orthodoxen Kirche in Russland und der Ukraine.

Bibliographie:

- Buchholz, Martin-Paul: Die Autokephaliebestrebung als Spiegelbild des Kampfs um die Unabhängigkeit von Russland. Ukraine-Analysen Nr. 207, 26.10.2018, S. 2–5, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen207.pdf>.
- Bremer, Thomas: Konflikt der Patriarchen. Über Orthodoxie und Autokephalie. Zeitschrift Osteuropa 8–9/2018, S. 99–108, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2018/8-9/konflikt-der-patriarchen>.
- Elsner, Regina: Geopolitik, Macht und kirchliche Identität: Der Konflikt um die orthodoxe Kirche in der Ukraine.

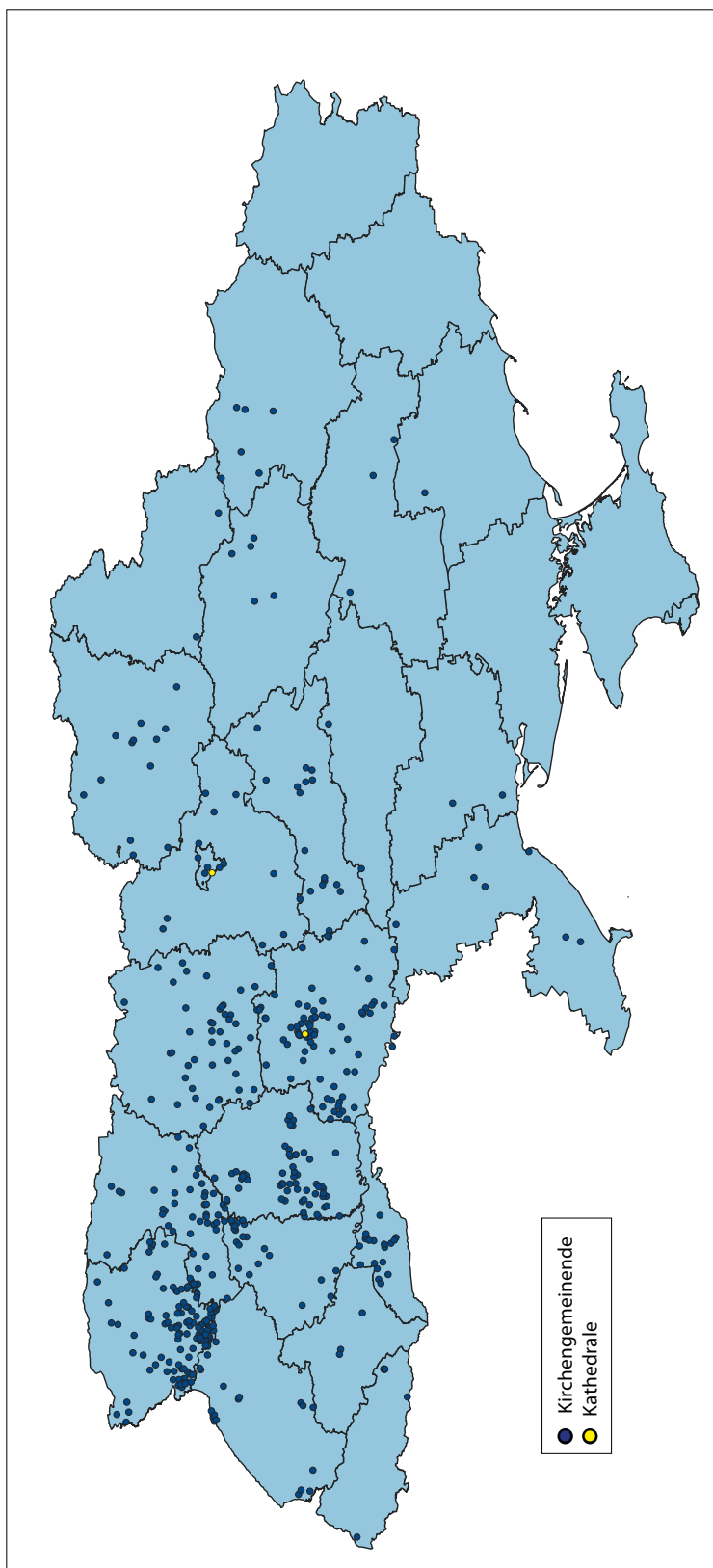
Ukraine-Analysen Nr. 211, 22.01.2019, S. 5–8, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen211.pdf>.

Karte 1: Die im Text erwähnten Orte und Regionen



Quelle: Karten erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Daten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und von OpenStreetMap <https://www.openstreetmap.org>.

Karte 2: Die von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) zur Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) übergelaufenen Kirchen und Kathedralen (Stand: 21.03.2019)

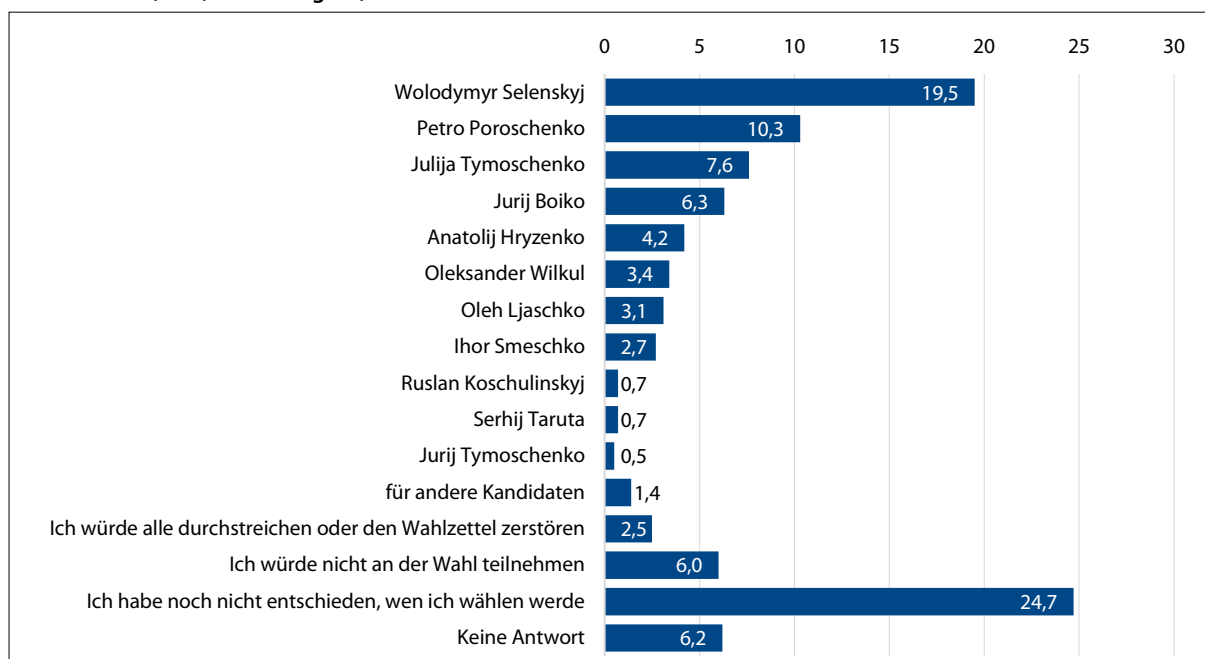


Quelle: Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Daten von <https://data.humdata.org/dataset/ukraine-administrative-boundaries-as-of-q2-2017> und des Ukrainischen Religionsinformationsdiensts RISU (https://www.google.com/maps/d/u/0/viewer?mid=1XOR0sfHFFiXyGivYq1mNylJ9FFPdnh&ll=-49.131988023060416%2C30.74029849313581&z=7&fbclid=IwAR0tZD7D7mR8Fz4pQJG_EZtiz1E_md2nc6dOanWsURfdlejbLCH5I2L_u-o); zu den Regionen der Ukraine siehe auch Karte 1 auf der vorherigen Seite.

UMFRAGE

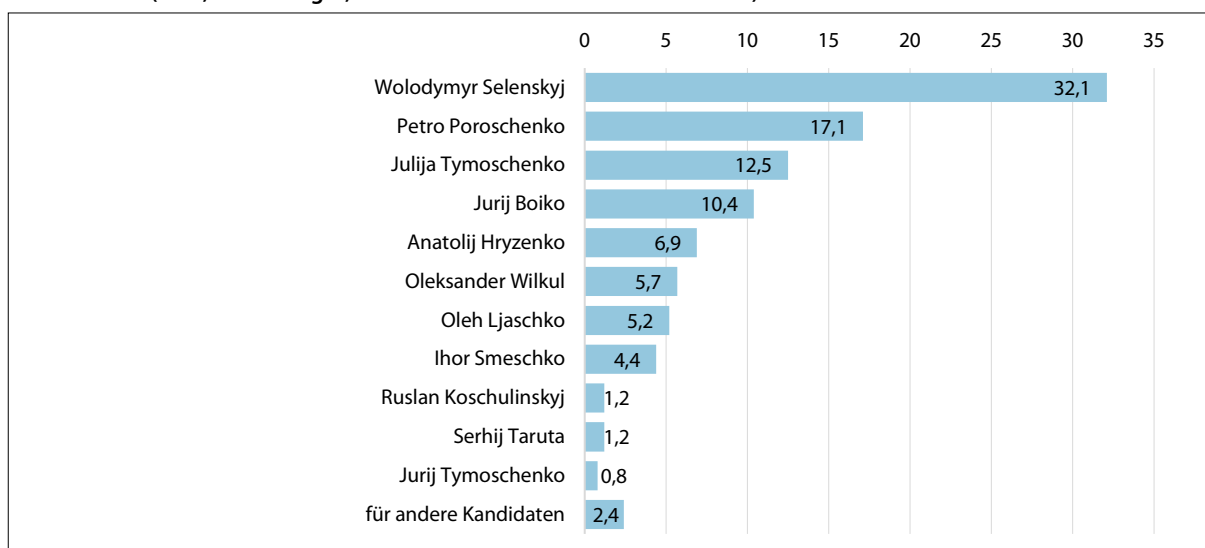
Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie

Grafik 1: Wenn jetzt die Wahl des Präsidenten der Ukraine stattfinden würde, für wen würden Sie abstimmen?
(in %, alle Befragten)



Die repräsentative Umfrage wurde zwischen dem 14. und dem 22. März 2019 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführt. Dabei wurden 2004 Personen aus 126 Ortschaften der gesamten Ukraine (mit Ausnahme der Krim) befragt, die zufällig ausgewählt wurden und repräsentativ für die ukrainische Wahlbevölkerung über 18 Jahre ist. In den Gebieten Luhansk und Donezk wurde die Erhebung nur auf regierungskontrolliertem Territorium durchgeführt.
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=836&page=1>

Grafik 2: Wenn jetzt die Wahl des Präsidenten der Ukraine stattfinden würde, für wen würden Sie abstimmen?
(in %, nur Befragte, die sich schon fest entschieden haben)



Die Umfrage wurde zwischen dem 14. und dem 22. März 2019 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführt. Dabei wurden 2004 Personen aus 126 Ortschaften der gesamten Ukraine (mit Ausnahme der Krim) befragt, die zufällig ausgewählt wurden und repräsentativ für die ukrainische Wahlbevölkerung über 18 Jahre ist. In den Gebieten Luhansk und Donezk wurde die Erhebung nur auf regierungskontrolliertem Territorium durchgeführt.
Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=836&page=1>

CHRONIK

12. – 23. März 2019

12.3.2019	Aktuellen Umfragen des »Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie« zufolge ist die Zahl der Ukrainer, die eine positive oder sehr positive Einstellung zu Russland haben, im Vergleich zum September 2018 um neun Prozentpunkte auf insgesamt 57 Prozent gestiegen. Das ist der höchste Wert seit Februar 2014. Dem Institut zufolge sei dies vor allem auf die positive Einstellung gegenüber der russischen Bevölkerung zurückzuführen.
12.3.2019	Präsident Petro Poroschenko ernannt per Dekret Oberst Serhij Kriwonos zum stellvertretenden Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates. Kriwonos war zuvor erster stellvertretender Kommandeur einer militärischen Sondereinheit und kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen für die Partei »ATO-Krieger«. Am 6. März zog er seine Kandidatur zurück und kündigte an, Poroschenko bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen.
13.3.2019	Präsident Petro Poroschenko setzt per Dekret den Leiter des regionalen Sicherheitsdienstes »SBU« in der Region Sumy, Wladislaw Kosinskyj, ab. Im Februar 2018 richteten Abgeordnete des Regionalrats von Sumy einen Appell an den Präsidenten, Kosinskyj von seinem Posten zu entheben. Ihm wird vorgeworfen, in politische Intrigen und kriminelle Machenschaften verwickelt zu sein.
13.3.2019	Laut einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »SOCIS« zu den Präsidentschaftswahlen führt Wolodymyr Selenskyj aktuell mit 27,7 Prozent, gefolgt von Amtsinhaber Petro Poroschenko mit 19,6 Prozent und Julija Tymoschenko mit 14,8 Prozent. Dennoch glauben 23,9 Prozent der Befragten, dass Poroschenko die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, gefolgt von Selenskyj mit 19,3 Prozent und Tymoschenko mit 13,2 Prozent. In Bezug auf die restlichen Kandidaten glauben höchstens 3 Prozent, dass jemand von ihnen Präsident wird.
14.3.2019	Der Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU), Artem Sytnyk, entlässt zwei Ermittler, die namentlich in den Recherchen der Investigativ-Journalisten von Bihus.info zum großen Korruptionskandal im Verteidigungssektor erwähnt werden. Sytnyk verspricht, die Ermittlungen an ein Sondereinsatzkommando zu übertragen.
14.3.2019	Präsident Petro Poroschenko entlässt den Vorsitzenden des Auslandsgeheimdienstes der Ukraine, Jehor Boschko, der den Posten seit September 2017 innehatte. Zuvor leiteten die Generalstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionsbüro Strafverfahren wegen illegaler Bereicherung und Hochverrats gegen ihn ein.
15.03.2019	Der Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation, Wjatscheslaw Wolodin, verkündet aus Simferopol, dass die Ukraine Schadensersatz an Russland zahlen soll, weil seinem Land durch die ukrainische »Annexion« der Krim in den letzten 25 Jahren großer wirtschaftlicher Schaden entstanden sei. In den Komitees der russischen Staatsduma soll dafür zunächst die Höhe des Schadens ermittelt werden.
15.03.2019	Laut einer Meinungsumfrage des »Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie« sind 51 Prozent der ukrainischen Bevölkerung dazu bereit, den autonomen Status der »Volksrepubliken« in Donezk und Lugansk zu akzeptieren, wenn dies zur friedlichen Konfliktlösung nötig ist. Lediglich 24 Prozent wären mit solch einem Lösungsweg nicht einverstanden; 25 Prozent der Befragten gaben keine Antwort.
16.03.2019	Präsidentschaftskandidat Serhij Taruta kündigt auf einer Pressekonferenz in Kiew seinen Ausstieg aus dem Präsidentschaftswahlkampf an und gibt bekannt, von nun an Julija Tymoschenko unterstützen zu wollen.
17.03.2019	Laut dem ukrainischen Militär wurde die Waffenstillstandsvereinbarung mit den »Volksrepubliken« in den vergangenen Tagen zwei Mal verletzt. Dabei ist auf Seiten der ukrainischen Regierung ein Soldat ums Leben gekommen, ein weiterer wurde verletzt.
19.03.2019	In der jüngsten Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen der »Rating«-Gruppe liegt Wolodymyr Selenskyj weiterhin vorne und führt mit 24,9 Prozent vor Julija Tymoschenko mit 18,8 Prozent und Petro Poroschenko mit 17,4 Prozent.
20.03.2019	Die »Volksrepublik« Luhansk (LNR) übergibt 60 Gefangene, die sich zum Teil ohne rechtskräftiges Urteil in den Haftanstalten auf dem Territorium der LNR befanden, an die Ukraine. Bereits im Februar wurden 33 Gefangene an die ukrainische Seite übergeben und im Dezember des letzten Jahres weitere 42.
20.03.2019	Die Zentrale Wahlkommission der Ukraine (ZIK) lehnt die Forderung der OSZE-Wahlbeobachtungsmission ODIHR ab, bei den Präsidentschaftswahlen 24 Bürger der Russischen Föderation als internationale Wahlbeobachter zuzulassen. ODIHR und OSZE schlugen insgesamt 684 Beobachter vor, von denen 660 von der ZIK zugelassen wurden.

21.03.2019	Die Ergebnisse einer Studie des analytischen Beratungsunternehmens »Gallup« zeigen, dass 2018 in der Ukraine mit neun Prozent das weltweit niedrigste Vertrauen der Bürger in ihre Regierung besteht. Zur Amtszeit des gestürzten Ex-Präsidenten Wiktor Janukowytsch betrug das Vertrauen noch 24 Prozent. Das Vertrauen in die Regierung in den postsowjetischen Ländern beträgt im Durchschnitt 48 Prozent und im weltweiten Vergleich 56 Prozent.
22.03.2019	Der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew trifft sich in Moskau mit dem ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Jurij Boiko und dem ukrainischen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk, einem persönlichen Freund des russischen Präsidenten Wladimir Putin. An dem Treffen nimmt auch der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexej Miller teil. Thema sind die Gaslieferungen an und durch die Ukraine, da die aktuellen Verträge am Jahresende auslaufen.
22.03.2019	Ein Gericht im russischen Rostow-am-Don verurteilt den 20-jährigen Ukrainer Pawlo Hryb wegen »Förderung von Terrorismus« zu sechs Jahren Gefängnis. Hryb wurde 2017 in Belarus verhaftet, als er dort eine Internetbekanntschaft aus Russland treffen wollte. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er die russische Staatsbürgerin zum Terrorismus anstiften wollte. Menschenrechtler kritisieren das Urteil und werfen den russischen Behörden politische Justiz vor. Der Fall sorgte für Aufsehen, weil Hryb eine schwere Erkrankung hat und sein Gesundheitszustand sich in der Untersuchungshaft verschlechterte.
23.03.2019	Die kanadische Regierung verlängert ihre Sanktionen gegen den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch und 15 seiner engsten Mitstreiter für weitere fünf Jahre bis März 2024. Sämtliche in Kanada befindlichen Vermögenswerte der Betroffenen werden eingefroren und kanadischen Bürgern wird untersagt, mit den Sanktionierten wirtschaftlichen Handel zu treiben. Die Sanktionen sind seit März 2014 in Kraft.
23.03.2019	Im Zentrum Kiews protestieren ca. 1.000 Demonstranten des rechtsextremen »Nationalen Korps« und fordern die Verurteilung von Oleh Gladkowskyj. Dem engen Vertrauen von Präsident Poroschenko wird Korruption im Verteidigungssektor im großen Ausmaß vorgeworfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Maksym Motrouk

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

auf

www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.